

<b>Einleitung: Der Gesetzgebungsprozess im Steuerrecht.....</b>	<b>15</b>
<b>1. Kapitel: Die gesetzgeberische Intention und die Steuerwirklichkeit .....</b>	<b>21</b>
<b>A. Die gesetzgeberische Intention.....</b>	<b>21</b>
I. Gesetzeszwecke – der Wille des Gesetzgebers .....	22
1. Die Auslegung der Norm zur Ermittlung ihres Zwecks .....	22
a) Die Entwurfsbegründung als „Gesetzesbegründung“ .....	22
b) Die Bestimmung des gesetzgeberischen Willens .....	24
2. Verbindungen der Rechtsordnungen untereinander.....	28
3. Fiskalzweck, Lenkungsziel und Vereinfachungsziel .....	31
II. Die „Verfassung“ als Ausgangspunkt jeder gesetzlichen Regelung?..	33
1. Anforderungen an die Normgestaltung.....	36
a) Die „Realien“ der Gesetzgebung.....	36
b) „Verfassungsimmanente“ Anforderungen – die sog. steuerrechtlichen Fundamentalprinzipien .....	38
aa) Rechtsstaatlichkeit .....	40
(1) Gewaltenteilung und Kompetenzausübungsschranken.....	40
(2) Sach- und Systemgemäßheit.....	41
(3) Folgerichtigkeit .....	42
(4) Leistungsfähigkeitsprinzip .....	44
(5) Gleichheit und Verhältnismäßigkeit – die Forderung nach „Steuergerechtigkeit“ .....	48
bb) Rechtssicherheit.....	53
(1) Bestimmtheit .....	54
(2) Normenklarheit und Zweckbindung .....	55
(3) Normenwahrheit .....	56
(4) Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot .....	57

2. Der Grundsatz der Gewaltenteilung und die Bindung an Recht und Gesetz als Grenzen der Interpretation des gesetzgeberischen Willens .....	58
a) Die Gesetzesanwendung .....	59
b) Grenzen des Einflusses der Verwaltung .....	60
c) Grenzen des Einflusses der Rechtsprechung.....	62
III. Europarechtlicher Blickwinkel .....	64
1. Vorgaben des europäischen Primär- und Sekundärrechts .....	64
2. Die nationale Rechtsanwendung .....	65
<b>B. Die sog. „weichen“ Faktoren der Steuergesetzgebung .....</b>	<b>66</b>
I. Die Begriffe der Steuermoral und -mentalität .....	68
II. Die Besteuerungsmoral .....	70
1. Die Besteuerungsmoral der Politik und der Einfluss der Rechtswissenschaft .....	71
2. Die Besteuerungsmoral der Finanzverwaltung .....	72
3. Die Besteuerungsmoral der Rechtsprechung .....	73
4. Die Besteuerungsmoral des Gesetzgebers .....	74
III. Die Steuermoral .....	75
<b>C. Die gesetzgeberische Reaktion .....</b>	<b>79</b>
I. Gesetzesfolgenabschätzung .....	80
II. Typisierung.....	80
III. Missbrauchsvermeidungsvorschriften .....	83
1. Abgrenzung der Steueroptimierung von der Steuerhinterziehung .....	85
2. § 42 AO als allgemeine Missbrauchsvermeidungsnorm .....	88
a) Die Voraussetzungen der allgemeinen Missbrauchsvermeidungsnorm .....	89
b) Der Vorrang spezieller Missbrauchsvermeidungsvorschriften .....	90

<b>D. Zusammenfassung der Ergebnisse des 1. Kapitels .....</b>	<b>91</b>
 <b>2. Kapitel: Die Begünstigung des Unternehmensvermögens im Erbschaftsteuerrecht.....</b>	<b>93</b>
 <b>A. Die gesetzgeberische Intention.....</b>	<b>93</b>
I. Überblick über die historische Entwicklung des Erbschaftsteuerrechts	94
II. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben.....	99
1. Die Anforderungen nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2006 – die Orientierung am gemeinen Wert.....	99
2. Das „Oberziel“ der korrekten Abbildung der Leistungsfähigkeit – das Bereicherungsprinzip .....	102
3. Schützenswerte Zwecke des Gemeinwohls .....	104
a) Unternehmensförderung und Arbeitsplatzsicherung .....	106
b) Der Schutz familiärer Verbundenheit .....	111
c) Die Eigentumsgarantie .....	116
III. Die deutsche Erbschaftsteuer im europäischen Kontext .....	118
1. Das Problem der Doppelbesteuerung und die Anrechnungsmöglichkeit nach § 21 ErbStG.....	120
2. Die Betroffenheit der Grundfreiheiten, insbesondere der Kapitalverkehrsfreiheit.....	121
3. Die Regelungen der Grundrechtecharta.....	123
 <b>B. Die Steuerwirklichkeit .....</b>	<b>125</b>
I. Der Einfluss erbrechtlicher Regelungen auf die erbschaftsteuerliche Gestaltung .....	127
1. Das Verhältnis des Erb- und Schenkungs- zum Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht .....	127
2. Zivilrechtliche Grundüberlegungen der betrieblichen Nachfolgeplanung und ihr steuerliches Gestaltungspotential.....	128

3. Familienunternehmen und ihre Rechtsform.....	131
4. Holdinggesellschaften und die Gefahr der Doppelbesteuerung .	134
II. Die aktuelle Fassung des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes – das Beispiel der unternehmerischen Begünstigungsregelungen.....	137
1. Begünstigtes Vermögen .....	139
2. Der Verwaltungsvermögenstest .....	140
a) Der Begriff des Verwaltungsvermögens und allgemeine Voraussetzungen .....	140
aa) Negativliste .....	144
(1) Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke .....	144
(2) Anteile an Kapitalgesellschaften bei unmittelbarer Beteiligung bis zu 25 Prozent.....	147
(3) Anteile an Personengesellschaften im In- und Ausland sowie an Kapitalgesellschaften zu mehr als 25 Prozent, wenn das Verwaltungsvermögen ihrerseits mehr als 50 Prozent beträgt .....	148
(4) Wertpapiere und vergleichbare Forderungen .....	149
(5) Bestand an Zahlungsmitteln, Geschäftsguthaben, Geldforderungen und anderen Forderungen, soweit er 20 Prozent des anzusetzenden Werts des Betriebsvermögens des Betriebs oder der Gesellschaft übersteigt.....	150
(6) Kunstgegenstände und Ähnliches .....	151
bb) „Junges“ Verwaltungsvermögen .....	151
cc) Besonderheiten bei Auslandsvermögen.....	152
b) Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des Verwaltungsvermögenstests .....	153
aa) Nutzung und Vermeidung von konzernlichen Kaskadeneffekten mittels Vermögens- umschichtungen .....	154

bb) Poolvereinbarungen .....	156
cc) Privatbankenklauseel .....	159
3. Die Lohnsummenregelung .....	160
4. Die Behaltensregelung .....	165
a) Die Reinvestitionsklausel .....	167
b) Konzernbezogene typische Gestaltungsproblematik .....	168
5. Die Optionsverschonung nach § 13 a Abs. 8 ErbStG .....	170
6. Der Entlastungsbetrag des § 19 a ErbStG und die Stundungsmöglichkeit nach § 28 ErbStG .....	172
7. Besonderheiten grenzüberschreitender Fälle .....	173
<b>C. Zweckkonformität der Neuregelungen .....</b>	<b>174</b>
I. Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2006 ..	175
1. Zweckrelationen im Konflikt mit dem gesetzgeberischen Willen	175
a) Familienförderung vs. Unternehmenskontinuität und wirtschaftliche Zielsetzung .....	178
b) Familienförderung vs. Gemeinwohlbezogenheit und Arbeitsplatzerhaltung .....	180
c) Arbeitsplatzerhaltung und Gemeinwohlbezogenheit vs. Unternehmenskontinuität .....	182
d) Unternehmensförderung: Personengesellschaften vs. Kapitalgesellschaften .....	183
2. Probleme auf dem Weg zur Zweckerreichung .....	185
a) Die Doppelbelastung mit Einkommensteuer .....	185
b) Der Substanzsteuereffekt .....	189
3. Auswertung der konkreten Neuregelungen der Erbschaftsteuerreform 2009 in Bezug auf ihre Zwecke .....	190
a) Positive oder negative Neuerungen der letzten Erbschaftsteuerreform? .....	191
b) Zweckorientierte Verhältnismäßigkeit .....	194

aa) Geeignetheit der Neuregelung zur Zweckförderung .	196
bb) Erforderlichkeit .....	198
cc) Angemessenheit .....	199
II. Die gesetzgeberische Reaktion auf das Gestaltungspotential – Missbrauchsvermeidungsvorschriften im Erbschaftsteuerrecht .....	204
<b>D. Zusammenfassung der Ergebnisse des 2. Kapitels .....</b>	<b>208</b>
<b>3. Kapitel: Zusammenfassende Erwägungen – Verbesserungsmöglichkeiten     und -vorschläge .....</b>	<b>213</b>
<b>A. Für den allgemeinen Fall.....</b>	<b>213</b>
I. Frage des Änderungsbedürfnisses .....	214
II. Frage der Änderungsfähigkeit.....	215
III. Frage nach Änderungsmöglichkeiten .....	217
<b>B. Für das Beispiel der Familienunternehmen .....</b>	<b>222</b>
I. Reformanalyse .....	223
1. Abschaffung einer Erbschafts- und Schenkungsbesteuerung .....	224
2. Ersetzung der Erbschafts- und Schenkungsbesteuerung.....	227
3. Reformierung der Erbschaftsteuer .....	229
II. Internationales Steuerrecht .....	235
1. Ein Vergleich zu anderen Ländern.....	235
2. Europarechtliche Schwierigkeiten .....	237
<b>C. Zusammenfassung der Ergebnisse des 3. Kapitels .....</b>	<b>238</b>
<b>Fazit .....</b>	<b>241</b>

**Nachwort** ..... 243

**Literaturverzeichnis** ..... 245